

Mit Stimmen der Linken

Linkspartei: „Kampf ums Überleben“, FR-Meinung vom 26. Oktober

Eine mögliche Ursache für die Stimmenverluste der Linken bei der Bundestagswahl taucht weder in den Kommentaren noch in der Selbstanalyse der Partei auf: Viele Wähler dürften diesmal nicht der Linken ihre Zweitstimme gegeben haben, sondern der SPD – um die CDU ganz sicher abzulösen. Und das haben wir geschafft, immerhin. Dass die Linke dabei unter fünf Prozent gerutscht ist und Olaf Scholz sich dann so scharf von der Partei distanzierte, ist enttäuschend – nicht nur für die Linke selbst, sondern auch für die Wähler und Wählerinnen, die ihm mit diesem zweckgerichteten Wahlverhalten zum Sieg verholfen haben.

Elena Ezeani, Bremen

Das grenzt an Wegelagerei

Zu: „Verkehr muss reduziert werden“, FR-Wirtschaft vom 25. Oktober

Energiepreise – die Deutschen zahlen am meisten. Abzocke an der Tankstelle und bei sonstigen Energien. Wenn man sich so die Spritpreise an den Tankstellen so ansieht, geht die Spirale immer mehr nach oben. Dass es dann auch noch in fast stündlichem Wechsel Preissprünge von bis zu zehn Cent pro Liter gibt, das grenzt an Wegelagerei. Früher gab es Raubritter, heute sind es Multikonzern, die die Preise treiben.

Aber unter dem Stichwort „Klimawandel“ wird uns vermutlich noch mehr abverlangt. Die Grünen haben ja schon vor Jahren gefordert, der Liter Benzin sollte bei fünf DM, sprich 2,50 Euro sein. Wer dann noch ein Verbrenner-Auto fährt, der ist selber Schuld – so deren Meinung.

Für den auf dem Land lebenden Bürger ist der öffentliche Nahverkehr keine Lösung. Ladesäulen für E-Autos sind Mangelware. So bleibt für lange Zeit nur der Verbrenner. Wenn es denn für den Berufspendler eine höhere Kilometer-Pauschale geben sollte, so hilft es dem Normalbürger noch lange nichts – er wird weiterhin und immer mehr abgezockt.

Die Umstellung auf E-Autos wird noch viele Probleme bereiten: Fehlende Ladestationen, Rohstoffe für Batterien, Entsorgungsprobleme, wie soll der viele Bedarf an Strom gedeckt werden? Und vieles mehr. Alles das wird wieder einmal vor sich her geschoben. Dass das Ende der „Verbrenner“ ein gewaltiges Wirtschaftsrisiko bedeutet, das niemand man eben in Kauf.

Ein Verlass auf funktionierenden Lieferketten ist ja derzeit auch nicht gegeben – die Waren stauen sich in Containern oder sind nicht verfügbar. So schnell muss man verkauft, wenn man sich nicht auf andere verlässt.

Rainer Prosik, Hattenhofen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211101

FR ERLEBEN

Bascha Mika diskutiert bei „Dienstag direkt“ zum Thema „Zwischen Kulturfreiheit und Cancel Culture – wer bestimmt was sagbar bleibt?“ Livestream und Podcast.

Dienstag, 2. November, 20 Uhr MDR Sachsen - Das Sachsenradio

Andreas Schwarzkopf moderiert die Diskussion „Strategie für das asiatische Zeitalter – Wie umgehen mit der Weltmacht China?“ Mit Amelie Richter (Journalistin von China.Table), Jürgen Trittin (MdB der Grünen) und Pascal Abb (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung). Teilnehmer können sich registrieren unter: fr.de/anmeldung (Stichwort „China“). Stream: youtube.com/hausamdom

Mittwoch, 10. November, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Bascha Mika moderiert die Diskussion „Medien und Wahrheit – Wer vermittelt uns ein realistisches Bild der Welt?“ Eine Veranstaltung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik. Mit (Tom Buhro, WDR-Idendant), Tanit Koch (Journalistin), Michael Bröcker (Media Pioneer). **Donnerstag, 11. November, 18 Uhr Bonner Universitäts-Forum, Heussallee 18-24, Bonn**

Die Impfgegner fühlen sich bestätigt

Zu: „Selten gesehener Fehlpass“ und „Fatales Signal“, FR-Sport vom 25. Oktober

Kimmich sollte über seine Wirkung nachdenken

Ist ja wohl nicht weit her mit dem Führungsspieler-Anspruch und der Vorbildfunktion des Bayern-Profis und Nationalspielers Joshua Kimmich! Natürlich haben seine Aussagen und tief-schürfenden Begründungen, sich „vorerst“ nicht impfen zu lassen, eine Signalwirkung nach außen, und damit dürften sich auch die Impfgegner bestätigt fühlen. Demnach hat sich Kimmich – so soll man es heraushören – auch intensiv mit den Langzeituntersuchungen zur Co-

rona-Impfung beschäftigt. Der, der gerne „der Leader“ auf dem Spielfeld sein will, sollte vielleicht dann auch einmal über seine öffentliche Wirkung ebenso gründlich nachdenken.

Dieses ständige Hervorkehren des persönlichen „guten Rechts“, was seit Protestbeginn gegen alle Schutzmaßnahmen die Runde macht, klingt nur noch stereotyp. Es ehrt Karl Lauterbach, dass auch er keinen großen Druck aufbauen und es bei beim Appell belassen will, sich endlich impfen zu lassen. Aber schon lange werden die bürgerlichen Freiheitsrechte wie eine Monstranz vor

sich hergetragen, um sich vor der Mitverantwortung und der Verantwortung zu drücken.

Jürgen Malyssek, Wiesbaden

Ist ein Zweifler automatisch ein Gegner?

Mit dem Impfstatus erwirbt sich der Geimpfte auch den Status des „guten Menschen“. Kimmich ist bekennender Nichtgeimpfter, der sich vorsichtshalber mit der Impfung Zeit lassen möchte. Ist er deshalb sofort auch Impfgegner? Riggi Schwarz, Büchenbach

Diskussion: frblog.de/kimmich

Jetzt ist Diplomatie gefordert

Äthiopien, Tigray: „Der Weg zur zweiten Invasion“, FR-Politik vom 13. Oktober

Die Wahlen in der Provinz Tigray waren ein politischer Fehler der TPLF, der Überfall auf einen Militärstützpunkt der äthiopischen Armee ein Verbrechen. Leider hat die Regierung Abiy Ahmed politisch unklug mit einer als „Strafaktion“ propagierten Invasion Tigrays reagiert. Sie hat darüber hinaus dem eritreischen Diktator Isaias Afwerki freie Hand für eine Aggression gegen einen Teil des eigenen Landes gegeben. Eine für wahr empörende politische Entscheidung, die nicht wenige

äthiopische Patrioten als Verrat an der eigenen Nation verstehen.

Die Fehlentscheidungen der Regierung in Addis Abeba rechtfertigen jedoch nicht den Einfall der TPLF in Amhara und Afar. Sowohl die eritreischen als auch die tigrayischen Truppen müssen sich aus besetzten Gebieten zurückziehen. Die gegenseitigen völkerrechtswidrigen Aggressionen müssen ein Ende finden. Die Afrikanische Union und die UN sind aufgerufen, den Konflikt durch Diplomatie zu lösen.

Völlig falsch ist das Bild, die TPLF führe allein einen Verteidigungskrieg, beschränke sich auf die Befreiung Tigrays von Invasoren. Die nach 27-jähriger polizeistaatlicher Herrschaft in Addis Abeba entmachteten Führungskräfte der TPLF haben den Konflikt durch ihre unbedachte Politik heraufbeschworen.

Möglichst umfassende Autonomie für Tigray ist ein gut begründetes politisches Ziel. Es ist jedoch nicht durch Aggression zu erreichen. Werner Renz, Frankfurt

Paradigmenwechsel bei der Bundeswehr

Nukleardoktrin: „Symbolpolitik hilft nicht“, FR-Meinung vom 22. Oktober

Die Warnung Rolf Mützenichs vor der Gefährdung der Sicherheitspolitik durch die momentane deutsche Militärführung ist völlig berechtigt. Während Alfred Dregger – des Pazifismus wirklich unverdächtig – noch ausrief: „Deutschland kann nuklear nicht verteidigt, nur zerstört werden!“, wird jetzt die nukleare Option zur realistischen Tendenz. Längst gibt es Nato-Übungen, die atomaren Einsatz in Deutschland planen. Das ist umso erschreckenden,

als der Paradigmenwechsel zur Offensivstrategie bei der Bundeswehr längst im Gange ist.

Der Inspekteur des Heeres, General Alfons Mais, verkündete schon Ende 2020 vor dem Förderkreis „Heer e.V.“ die Distanz zur Priorität der Friedenserhaltung: Das Postulat ‚Schutz vor Auftrag‘ aus dem internationalen Krisenmanagement wechselt zu ‚Auftrag vor Schutz‘; es gilt den Gegner unter Druck zu setzen, bis der Auftrag erfüllt ist. Erklärtes Ziel ist die Befähigung

zum „hochintensiven Gefecht, um die gesamte Bandbreite der Aufträge abzudecken“.

Es wird von den Medien kaum wahrgenommen, dass die Forderung des Grundgesetzes nach reiner Landesverteidigung in den Hintergrund getreten ist. In der Bundeswehr-Akademie Hamburg bezeichnete die Ministerin auch den „Druck auf Handelsketten und Lieferwege“ als Kriegsgrund – das eröffnet tatsächlich weltweite Optionen

Geert Platner, Ahnatal

In unverständlichem Juristendeutsch

Grüne Investments: „Öko-Bewusstsein ausgenutzt“, FR-Wirtschaft vom 15. Oktober

Bei Anbietern und im Vertrieb von Finanzprodukten gibt es schwarze Schafe. Davon ist auch der Bereich der „grünen“ Anlagen nicht ausgenommen, wie die Finanzwende-Studie dokumentiert. AnlegerInnen werden hier oft nicht nur durch das Versprechen hoher Erträge geblendet, sondern auch durch die Aussicht, etwas Gutes zu tun.

Bei genauerem Hinschauen konnte man früher etwa bei geschlossenen Windkraftfonds durchaus die guten von den schlechten Angeboten unterscheiden. Hier waren nämlich die Projekte in allen Einzelheiten

beschrieben inkl. Eigenkapital-Anteil, Wind-Gutachten, Sicherheitspuffer und den Kosten für Errichtung, Betrieb und Vertrieb. Warum diese hochtransparenten Anlagen häufig dem „grauen“ Kapitalmarkt zugeordnet wurden, bleibt rätselhaft. Inzwischen sind solche Anlagen für den Normalverbraucher gar nicht mehr verfügbar. Das „Gru“ wurde durch Schwarz ersetzt, nämlich Black-Boxes in Gestalt von Darlehen an Firmen, die dann irgendetwas mit dem Geld machen können.

Die Bafin hat sich (auch) hier wirklich „nicht mit Ruhm bekle-

ckert“. Vielmehr hat sie der Intransparenz massiv Vorschub geleistet. Die Verkaufsprospekte mussten in einem kaum noch verständlichen Juristendeutsch abgefasst werden und waren mit unwichtigen Informationen überfrachtet, in denen die entscheidenden Details untergingen.

In einer Sonderausgabe zum Thema „Nachhaltigkeit“ hat die Bafin 2019 mit dem Vorschlag von drei Grundsätzen ihre Unkenntnis in ökologischen Fragen eindrucksvoll bewiesen. Hier hat sie sich offenbar dubioser Internet-Seiten als Informationsquelle bedient. Eduard Belotti, Augsburg